№ 22. **Provinzial-Correspondenz.** 30. Mai 1866.

Vierter Jahrgang.

Die Vaterlandsliebe und die Wahlen.

Unser König hat es jüngst als den Zweck und die Aufgabe der bevorstehenden Neuwahlen bezeichnet, daß die Gesinnung, welche das preußische Volk in der bedrohten Lage des Landes erfüllt, frei von den Beziehungen, welche in der Vergangenheit wurzeln, zum Ausdruck gelange.

Demokratische Wortführer verkündigen dagegen: der oberste Grundsatz bei den Neuwahlen müsse sein, daß der Regierung ungeachtet des drohenden Krieges nicht ein Pfennig bewilligt werde, so lange die Forderungen der Fortschrittspartei nicht unbedingt bewilligt seien.

Wer sollte nicht erkennen, daß dies die Gesinnung des preußischen Volkes nicht sein kann; denn jene Forderung sagt mit anderen Worten: wir lassen den preußischen Staat zerstören und vernichten, wenn uns die Regierung nicht zuvor unsern Willen thut.

Der Regierung die Mittel zur Vertheidigung und Kriegführung versagen, das hieße den preußischen Staat, soweit es vom Landtage abhängt, »wehrlos und damit ehrlos« machen.

In dem Augenblick, wo der Feind herausfordernd und drohend an unseren Grenzen steht, wo alle Stimmen aus Oesterreich geradezu die Zertrümmerung des preußischen Staates verlangen, in solchem Augenblicke die Hand der Regierung lähmen, das wäre Verrath am Vaterlande, ein Selbstmord des preußischen Volkes. Könnte eine solche Gesinnung auch nur kurze Zeit zur wirklichen Geltung und Herrschaft gelangen, so wäre unser Land dem Feinde ohne Gegenwehr preisgegeben: unsere Fluren würden ohne Schutz verwüstet und das Schicksal Preußens hinge von der Gnade derer ab, welche nur danach trachten, dasselbe aus der Reihe der Großstaaten auszustoßen.

Der König hat die Verständigung mit dem Landtage von Neuem als das Ziel seiner Wünsche und seines eifrigen Strebens bezeichnet und die Hoffnung ausgesprochen, daß Angesichts der Gefahren, welche Preußen bedrohen, die einander widerstreitenden Rechtsansichten und Stimmungen ihre Vermittelung in der gemeinsamen Hingebung für das Vaterland finden werden.

Ein Landtag, welcher vor Allem diese Hingebung für das Vaterland rückhaltlos bewährt, wird die Regierung des Königs unzweifelhaft willig finden, die Ausgleichung der inneren Gegensätze durch das offenste Entgegenkommen zu fördern: eine volle Hingebung für das Vaterland würde mit den äußeren Gefahren, auch den inneren Zwiespalt thatsächlich und sicher überwinden. Es ist gar nicht denkbar, daß ein Landtag, welcher der Regierung in ihren großen Aufgaben nach außen thatkräftig zur Seite stände, nicht über die inneren Streitfragen leicht zur vollen und dauernden Verständigung mit ihr gelangen sollte.

So liegt es in der Hand der Wähler, nicht blos der gegenwärtigen Gefahr Abhülfe zu gewähren, sondern die Zukunft des Landes nach außen und nach innen neu zu sichern und zu befestigen.

Wenn sie den Parteimännern folgen, welche die Bewährung der Vaterlandsliebe an Klauseln und Bedingungen knüpfen, so werden sie, wie die Ehre und Sicherheit des Vaterlandes, so auch die innere Entwickelung Preußens schädigen und aufs Spiel setzen.

Wenn sie dagegen nach des Königs Hoffnung die Hingebung an das gemeinsame Vaterland freudig und rückhaltlos bewähren, so werden sie Preußens Größe und gleichzeitig unser inneres Verfassungsleben zum wahren Segen des Landes fördern helfen.

Die Pariser Konferenzen.

Die Aufforderung zu Friedensverhandlungen, welche in Paris stattfinden sollen, ist nunmehr Seitens Frankreichs, Englands und Rußlands in gleichlautenden Zuschriften an Preußen, Oesterreich und Italien, sowie an den deutschen Bund ergangen.

Die Absicht jener Mächte geht zunächst dahin, über die drei Fragen, welche anscheinend die Kriegsgefahr hervorgerufen haben, die Schleswig-Holsteinsche, diei talienische und die Bundesreformfrage, letztere insoweit dadurch das europäische Gleichgewicht berührt wird, eine Verständigung herbeizuführen.

Die preußische Regierung, welche jeden Weg, der zur Erhaltung eines ehrenvollen Friedens führen kann, gern betritt, wird an den Verhandlungen in Paris bereitwillig Theil nehmen und ihre Geneigtheit dazu unverweilt erklären.

Zwei Voraussetzungen und Bedingungen muß sie bei dieser Bereitwilligkeit festhalten: erstens, daß der Gang der Verhandlungen bald erkennen lasse, ob aus denselben wirklich ernste Friedensaussichten hervorgehen können, — zweitens, daß nicht eine unberechtigte Entscheidung des Auslandes in Fragen beansprucht werde, welche ihrem Wesen nach nur der Entscheidung und Entschließung der deutschen Mächte unterliegen.

Die preußische Regierung glaubt in beiden Beziehungen mit vollem Vertrauen zu den Absichten der europäischen Mächte in die Verhandlungen eintreten zu dürfen.

Es ist anzunehmen, daß die Berathungen, denen sich auch die übrigen Staaten kaum entziehen könnten, ohne die bedenklichsten Zweifel an ihrer Friedensliebe zu begründen, schon im Laufe der nächsten Woche (nicht erst in der zweiten Häfte des Monats Juni) beginnen werden. Zunächst werden vermuthlich die Botschafter und Gesandten der verschiedenen Mächte am französischen Hofe die Verhandlungen führen: möglicher Weise werden jedoch später, zumal wenn die Berathungen eine Aussicht auf Erfolg darbieten, die Minister der betheiligten Staaten selbst sich nach Paris begeben.

Es ist übrigens zu bemerken, daß alle bisherigen Mittheilungen über angeblich beabsichtigte besondere Vorschläge zur Ausgleichung der schwebenden Streitfragen, namentlich über neue Länder-Vertheilungen, durchweg nur Zeitungsgerüchte ohne jede ernstere Berechtigung sind.

Die Stellung Preußens

in der gegenwärtigen Verwickelung wird nur dann richtig beurtheilt, wenn man die herausfordernden Rüstungen Osterreichs im März d. J. als den Grund und Ausgangspunkt der Kriegsgefahr klar ins Auge faßt.

Alle vorhergehenden Widersprüche und Verhandlungen zwischen den beiden Mächten hätten zu einer Kriegsgefahr nicht zu führen gebraucht, wenn Oesterreich nicht plötzlich und ohne einen drohenden Schritt Preußens zu kriegerischen Maßregeln an unsere Grenze geschritten wäre. Unsere Regierung hat in einer neueren Erklärung *) mit Recht darauf hingewiesen, welche bedeutsame Kluft auch zwischen dem unerfreulichsten Depeschenwechsel und den ersten Anordnungen zu militairischem Einschreiten liegt, und welche große Verantwortung derjenige übernimmt, welcher diese Kluft zuerst überschreitet. Oesterreich hat dies gegen Mitte März gethan, und von jenem Augenblicke begann die Kriegsgefahr.

Um die Schuld derselben von sich abzuwälzen, hat man von Seiten Oesterreichs und seiner Verbündeten wiederholt behauptet: die Kriegsdrohung sei zuerst von einem Minister-Conseil ausgegangen, welches unser König am 28. Februar d. J. unter Zuziehung hoher Militairs gehalten habe. Jetzt ist jedoch durch jene amtliche Erklärung ausdrücklich festgestellt, daß in dem erwähnten Minister-Conseil grade friedliche Entschließungen gefaßt worden waren, daß mithin ein Anlaß zu kriegerischen Maßregeln auch damals seitens Preußens nicht gegeben worden ist.

Erst nach langem Zögern und in Folge der österreichischen Rüstungen hat Preußen Schritte zur Vertheidigung thun müssen, nicht blos zur Wahrung seiner Ehre und seines Rechtes, sondern geradezu zum Schutze der bedrohten preußischen Provinzen gegen feindlichen Ueberfall, gegen drohende Plünderung und Verheerung. Die Regierung war es dem Volke schuldig, alle Vorkehrungen zu treffen, um feindliche Unbill kräftig abwehren zu können.

Aber selbst nachdem durch Oesterreichs Schuld die Kriegsgefahr drohend an Preußen herangetreten war, hat unsere Regierung durch

*) Siehe unten die Depesche an den Gesandten in Stuttgart.